

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 24.06.2003

im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Friedrich Karl Schmidt CDU

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Hans Bartholomay CDU

Ratsherr Oliver Fröhling CDU

Ratsfrau Christel Gabler CDU

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Dieter Dzewas SPD

Ratsherr Harald Metzger SPD

Zweite stellv. Bürgermeisterin Lisa Seuster SPD

von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse Grüne

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz FDP

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe LL

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Martin Buchheister CDU für Ratsherrn Rahmede (zu TOP 3)

Ratsherr August-Wilhelm Cordt CDU für Ratsherrn Schulte

Ratsherr Ingo Diller SPD für Ratsfrau Stahlschmidt

Ratsherr Ulrich Siebensohn CDU für Erste Stellv. Bürgermeisterin Meyer

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Techn. Beigeordnete Marion Ziemann

Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder

Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen

Herr Peter Schulte

Schriftführer/in:

Frau Petra Noack

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Manfred Rahmede	CDU
Ratsherr Bernd Schulte	CDU

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Christa Stahlschmidt	SPD
-------------------------------	-----

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:58 Uhr

1. **Öffentliche Fragestunde**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. **Bestellung von stellvertretenden Schriftführerinnen**
Vorlage: 162/2003

Beschluss:

Zu stellvertretenden Schriftführerinnen werden in dieser Reihenfolge Frau Karin Schmidt und Frau Petra Noack bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

3. **Neugestaltung Rathaus und Rathausumfeld; Umsetzung der Maßnahmen**
Vorlage: 214/2003

Bürgermeister Schmidt stellt kurz die Bedeutung dieser Vorlage heraus und bittet – aufgrund des umfangreichen Inhalts – um Abhandlung in der Reihenfolge, wie sie in der Vorlage vorgegeben ist.

Zu A Rathausumfeld

Ratsherr Metzger stellt dar, dass sich die SPD-Fraktion zwar grundsätzlich für Naturstein-Vollplatten ausspricht, aber aufgrund der Oberflächenstruktur, Ausführung und evtl. Folgekosten sich z. Z. noch nicht auf chinesischen Granit festlegt. Er bittet den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass zu A. 1 über die Art der Naturstein-Vollplatten, ihre Ausführung und den Folgekosten noch Daten und Erfahrungen eingeholt werden müssen.

Ratsfrau Linnepe bittet die Verwaltung um Prüfung, ob in der Altenaer Straße statt des hellen Betonsteines aufgrund der Reinigungsanfälligkeit alternativ ein dunklerer verwendet werden kann. Frau Ziemann merkt an, dass der Betonstein in der Altenaer Straße farblich dem Naturstein auf dem Sternplatz anpasst wird. Eine Auswahl wurde bisher noch nicht getroffen, da die Verwaltung hinsichtlich der Reinigungsergebnisse grundsätzlich noch nicht zufrieden ist.

Des Weiteren bittet Ratsfrau Linnepe zu bedenken, dass auf dem Rathausplatz bestimmten Händlern des Wochenmarktes (z.B. Fischhändlern) besondere Auflagen zur Entsorgung gemacht werden, was durch Bürgermeister Schmidt auch zugesagt wird.

Hinsichtlich der wassergebundenen Flächen unter den Platanenhainen bittet Ratsfrau Linnepe aus Kostengründen um Prüfung, ob diese wassergebundenen Platten anstelle von Natursteinplatten durchgezogen werden können. Frau Ziemann entgegnet, dass diese wassergebundene Decke ein Gestaltungselement auch unter den Platanenhainen sein soll und in diesem Bereich dadurch andere Aufenthaltsqualitäten entstehen. Die Fläche hat somit insgesamt einen anderen Charakter. Rein technisch ist jedoch auch eine andere Belegung möglich. Ratsherr Cordt ergänzt, dass die Lichtlinien in diesem Bereich nur in Verbänden gelegt werden können und damit, wie bereits in der IA festgelegt, eine Weiterführung der wassergebundenen Flächen aus technischen Gründen nicht möglich ist.

Weiterhin bittet Ratsfrau Linnepe in die Planung mit einzubeziehen, dass der Brunnen auf dem Sternplatz erhalten bleibt. Bürgermeister Schmidt gibt zu bedenken, dass derzeit das Stadium der Feinplanung noch nicht erreicht ist und daher bisher noch keine Aussagen getroffen wurden.

Letztlich bittet Ratsfrau Linnepe die Verwaltung zu beachten, dass bei der zeitlich versetzten Bebauung des Sternplatzes, insbesondere in Bezug auf das sog. Filetgrundstück, bestehende Fristen zur Zuschussgewährung beachtet werden. Frau Ziemann sagt Beachtung zu und merkt an, dass durch laufenden Kontakt zum Fördermittelgeber die Fördermittel entsprechend dem Bauablauf abgeglichen werden.

Ratsfrau Gabler entgegnet zum Ergänzungsantrag der SPD, dass es sich um keine Änderung sondern lediglich um die Variante handelt, welcher Naturstein Verwendung finden soll, und dass die CDU einverstanden ist, die Überlegungen im Sinne des SPD-Antrages mitzutragen, solange der Kostenrahmen eingehalten wird.

Ratsherr Morisse schließt sich dem Ergänzungsantrag der SPD ebenfalls an, möchte aber wissen, ob es bereits Erfahrungen hinsichtlich der Nutzung von chinesischem Granit gibt.

Ratsherr Cordt verweist hinsichtlich der Bedenken gegen eine Verschmutzung der Natursteinplatten auf die Anlage zu A der Vorlage. Danach besteht beim Betonstein eine Wassereindringung von 8 - 10 mm, bei einem Naturstein 0 mm. Somit dringt beim Naturstein kein Wasser ein und damit entsprechend auch kein Dreck in dem Maße. Hinzu kommt eine höhere Rohdichte und eine entschieden höhere Druckfestigkeit, was eine bessere Reinigungsfähigkeit als bei Kunststein garantiert.

Ratsherr Diller beantragt im Vorfeld der Vergabe der Steine eine Besichtigung von Natursteinflächen - gleich welcher Größe - in anderen Städten.

Bürgermeister Schmidt fasst zusammen, dass der Hauptausschuss heute vom Grundsatz her – insbesondere wegen der Kostenfrage - darüber befinden muss, ob es Naturstein sein soll oder nicht. Er stellt zusammenfassend fest, dass

- sich alle dem Grunde nach für Natursteinplatten ausgesprochen haben,
- im Vorfeld der chinesische Granit als kostengünstigste Variante benannt wurde, aber auch selbstverständlich andere Sorten ausgesucht werden können, die dann vermutlich teurer sind und
- sich im Vorfeld alle für die Nutzung heller Materialien ausgesprochen haben.

Im übrigen wird die Verwaltung die Anregungen im SPD-Antrag aufnehmen und in der Zeit bis zur Vergabe entsprechende Erfahrungen einholen. Darüber hinaus muss dann allerdings sichergestellt sein, dass Alternativen und Erfahrungen bis zur Beauftragung der Steine abgeklärt sind. Bürgermeister Schmidt stellt nach Rückfrage fest, dass einvernehmlich festgehalten werden kann, dass über das Ergebnis der einzuholenden Erfahrungen statt im Hauptausschuss in der IAI berichtet wird.

Bürgermeister Schmidt stellt die Punkte A.1 – A.3, A.4 und A.5 der Sitzungsdrucksache 214/2003 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss zu A.1 – A.3:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Neugestaltung von Rathausplatz, Postplatz und Knapper Straße mit Naturstein-Vollplatten durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu A.1 – A.3:

Ja-Stimmen: 14

Beschluss zu A.4:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Sternplatzgestaltung mit Naturstein-Vollplatten durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu A.4:

Ja-Stimmen: 14

Beschluss zu A.5:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Neugestaltung der Altenaer Straße mit Betonstein durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu A.5:

Ja-Stimmen: 14

Zu B Hochbauarbeiten

Zu B.1 Sanierung/Neugestaltung Rathausfassade

Ratsherr Metzger stellt ergänzend den Antrag die Verwaltung zu beauftragen, zu den Haushaltsplanberatungen eine Auflistung vorzulegen, welche baulichen Maßnahmen im Rahmen der Innensanierung des Rathauses stattfinden müssen, welche Kosten dafür in den Jahren 2004 – 2006 auftreten und diese in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.

len.

Ratsherr Morisse unterstützt den Antrag der SPD und beantragt ergänzend die Erarbeitung und Festlegung eines entsprechenden Energie- und Umweltkonzeptes, um Energiekosten einzusparen und zu verhindern, dass eine spätere vernünftige Modernisierung mit vernünftiger Technologie unmöglich würde. Auf Nachfrage von Bürgermeister Schmidt erklärt Ratsherr Morisse, dass es nicht um die zeitliche Benennung der Maßnahmen geht, sondern um reine Vorbeugemaßnahmen. Zu beachten ist hier zusätzlich, dass bei gewissen Maßnahmen mittlerweile für öffentliche Gebäude - im Gegensatz zu früher - Fördermittel beantragt werden können.

Ratsherr Dzewas ergänzt, dass letztlich die praktische Intention dahintersteckt, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt durch die Bauarbeiten Vorhaltungen für spätere Maßnahme getroffen werden sollen, bspw. die Einplanung von Schächten für die spätere Änderung von Ver- und Versorgungsleitungen. Auch gerade hinsichtlich der angesprochenen Fördermittel sollte überlegt werden, die ein oder andere Anlage zur alternativen Energiegewinnung – zumindest zu Demonstrationszwecken – einzusetzen.

Frau Ziemann erläutert, dass es durchaus möglich ist, ein Grobenergiekonzept zu erstellen, das im Prinzip in die einzelnen inneren Sanierungsschritte einfließen könnte. Dieses Konzept kann allerdings lediglich einen äußeren Rahmen darstellen. Die Erstellung des Konzeptes wird zugesagt.

Beschluss zu B.1:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Sanierung und Neugestaltung der Rathausfassade durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt, bis zu den Haushaltsplanberatungen eine Auflistung vorzulegen, welchen baulichen Maßnahmen im Rahmen der Innensanierung des Rathauses stattfinden müssen, welche Kosten dafür in den Jahren 2004 – 2006 auftreten und die greifbaren Kosten in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen. Weiterhin soll ein Energie- und Umweltkonzept in Form eines Rahmenkonzeptes erstellt werden, mit der Intention, dass für spätere Jahren nichts verbaut wird.

Abstimmungsergebnis zu B.1:

Ja-Stimmen: 14

Zu B.2 Umbau Foyer/Sitzungsbereich

Beschluss zu B.2:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung des Umbaus im Foyer/Sitzungsbereich durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu B.2:

Ja-Stimmen: 14

Zu B.3 Seitenflügel inkl. Umbauten im Zwischengeschoss

Bürgermeister Schmidt liegt eine Wortmeldung von Ratsherrn Oettinghaus vor. Da er nicht Mitglied des Ausschusses ist, fragt Bürgermeister Schmidt die Ausschussmitglieder, ob Bedenken dagegen bestehen. Da dies nicht so ist, erteilt er Ratsherrn Oettinghaus das Wort.

Ratsherr Oettinghaus bittet um Auskunft, welche Auswirkungen es hat, wenn es hinsichtlich der Grenzbebauung zu keiner nachbarschaftlichen Einigung kommt. Frau Ziemann entgegnet, dass sie derzeit nicht sagen kann, in welcher Weise sich der Seitenflügel dann verändern würde. Da die Gespräche mit dem Nachbarn sehr positiv verlaufen sind und man von einer nachbarlichen Einigung ausgeht, wurde keine Planung erstellt, die den gegenteiligen Fall berücksichtigen würde. Ratsherr Schwarz fragt nach, inwieweit sich die ganze Planung denn verzögern würde, wenn es in dem anscheinend unwahrscheinlichen Fall doch noch zu Schwierigkeiten kommen sollte und keine Planung für den negativen Fall vorliegt. Frau Ziemann entgegnet, dass sie davon ausgeht, dass es dann zu keinen zeitlichen Verzögerungen kommt, da dann kurzfristig eine geänderte Planung vorgelegt werden muss, womit man die Sache schnell zu einer Entscheidung bringen kann.

Bürgermeister Schmidt fasst zusammen, dass auch die Nachbarn daran interessiert sind, das Ganze einer sinnvollen Lösung zuzuführen.

Beschluss zu B.3:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung des Anbaus des Seitenflügels inkl. Umbauten im Zwischengeschoss durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu B.3:

Ja-Stimmen: 14

Zu B.4 Umbau Altenaer Straße/Verbraucherzentrale

Ratsfrau Linnepe bittet die Verwaltung, möglichst nach Ersatz für die in diesem Bereich wegfallenden Motorradstellplätze zu suchen. Bürgermeister Schmidt sagt eine Überprüfung zu.

Beschluss zu B.4:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung des Umbaus Altenaer Straße/Verbraucherzentrale durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu B.4:

Ja-Stimmen: 14

Zu C Optionen

zu C.1 Neugestaltung Rathausinnenhof

Bürgermeister Schmidt stellt einfürend noch einmal kurz die Planung dar. Er bittet zu beachten, dass die Garagenflächen auch eine Erschließung für den späteren Neubau des Filetgrundstückes am Sternplatz darstellen. Er weist besonders darauf hin, dass die Gestaltung durchgängig in Verbindung mit den neu zu gestaltenden Plätzen in Form eines Atriums mit ansprechender Begrünung angelegt werden soll, um entsprechende Aufenthaltsqualitäten zu schaffen.

Ratsherr Morisse hält die Parkflächen für nicht erforderlich, da es nach Untersuchungen keinen Mangel an Parkplätzen in der Innenstadt gibt und zudem der Kostenrahmen hierfür zu hoch sei. Begründbar sei diese Maßnahme auch nicht damit, dass durch das Deckeln eine entsprechende schöne Gestaltung erfolgen könnte, dies sei auch ohne Park-

garage möglich. Sollten Parkplätze gebraucht werden, sollten die nach Meinung von Ratsherrn Morisse nicht direkt in der Innenstadt, sondern bspw. auf dem Kirchheim-Grundstück angelegt werden. Da die Parkflächen unter fachlichen Gesichtspunkten nicht nötig sind, bittet er das Vorhaben zu streichen und die hierfür veranschlagten Mittel zur Schuldentilgung zu nutzen.

Ratsherr Metzger hält als erste Priorität die Parkflächenbebauung auf dem Kirchheim-Grundstück in Zusammenarbeit mit einem privaten Investor für notwendig und sinnvoll. Sollte in absehbarer Zeit kein Investor gefunden werden, ist er bereit, der Parkgarage unter der Voraussetzung näher zu treten, dass ein Investor für das Filetgrundstück am Sternplatz gefunden wird, der bereit ist, sich finanziell an der Parkgarage zu beteiligen. Insgesamt hält er zum jetzigen Zeitpunkt eine absolute Festlegung auf die Parkgarage für verfrüht, zumal durch den Zeitraum für die vorgeschlagenen Maßnahmen das Gesamtprojekt nicht gefährdet wird. Die Maßnahme sei immer noch ohne Mehrkosten in einem vernünftigen Zeitplan in dem Projekt unterzubringen.

Ratsherr Cordt ist der Meinung, dass die Vorlage nicht geändert werden sollte. Er äußert durchaus Verständnis für den Antrag der SPD, was das Kirchheim-Grundstück betrifft. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen hat er jedoch keine Hoffnung, dass man in den nächsten zwölf Monaten dort einen Schritt weiterkommt. Insgesamt würde er es aber sehr begrüßen, wenn auf diesem Grundstück Parkmöglichkeiten realisiert werden könnten. Daneben muss s. E. aber auch die Parkgarage im Innenhof gebaut werden. Er bittet zu bedenken, dass es sich hier insgesamt nur um eine Kompromisslösung gegenüber der seinerzeit gedachten Tiefgaragenlösung handelt, die von allen Fraktionen gewollt war. Zudem erinnert er daran, dass von jedem Bauherrn die Schaffung von Stellplätzen erwartet werde, auch von dem Erwerber des Filetgrundstücks. Im Rahmen der Gleichbehandlung muss dies auch für die Stadt selbst gelten. Die Rücklagen aus der zweckgebundenen Parkraumbewirtschaftung könnten in diesem Fall mit in die Finanzierung einfließen, was allerdings zur Folge hat, dass es sich um eine öffentliche Einrichtung handeln muss. Demnach müssten die Parkberechtigungen der Rathausbediensteten mit dem Ziel der Minimierung überprüft werden, um mehr Flächen für die Öffentlichkeit vorzuhalten.

Ratsfrau Linnepe schließt sich den Äußerungen von Ratsherrn Cordt an. Weitere Aspekte sind für sie, dass das Rathaus als Dienstleistungszentrum ausgebaut wird. Hierzu gehört auch, dass dem Bürger der Service des ortsnahen Parkens geboten wird. Zudem gibt eine entsprechende Verabschiedung Planungssicherheit und damit bessere Verhandlungsmöglichkeiten mit Investoren für das Filetgrundstück. Wünschenswert wäre nach Ansicht von Ratsfrau Linnepe eine zeitgleiche Bebauung mit dem Investor mit entsprechender verkehrsmäßiger Anbindung. Insgesamt sieht sie das Ganze als städtebauliche Aufwertung, da u. a. der begrünte Innenhof auch dem Bürger zur Nutzung zur Verfügung steht.

Ratsherr Dzewas sieht in der Parkgarage gegenüber dem Kirchheim-Grundstück keine erheblich attraktivere Parksituation, da hier zusätzlicher Verkehr an einen sowieso schon neuralgischen Punkt geholt wird. Er sieht das gestalterische Element dieser Maßnahme als durchaus positive Möglichkeit, jedoch nicht als Argument, hierfür als Grundfläche eine Parkgarage zu bauen. Die Mittel aus der Rücklage sollten s. E. an anderer Stelle investiert werden. Sollte es der Stadt gelingen, einen Investor für das Filetgrundstück zu finden, mache es in dem Zusammenhang Sinn, den Gedanken an die Planung entsprechend wieder aufzunehmen, es sei denn, die Planung auf dem Kirchheim-Grundstück ließe sich realisieren. Die Finanzierung würde sich im Falle des Verkaufs des Filetgrundstücks weit anders darstellen als heute. Insgesamt stellt er fest, dass in diesem Bereich die bisher teuersten Kosten pro Stellplatz – teilweise öffentlich subventioniert- verbaut würden.

Ratsfrau Gabler führt zum SPD Antrag aus, dass beide Maßnahmen nebeneinander laufen müssen. Die Verhandlungen mit einem Investor für das Kirchheim-Grundstück dürfen den Planungsfortschritt nicht behindern. Sie schließt sich den von Ratsfrau Linnepe vorgebrachten Argumenten (Servicegedanke und die besseren Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber einem möglichen Investor) an. Der Bau der Parkgarage sollte vorgenommen

werden, da ansonsten für die Zukunft alle Optionen verbaut sind.

Ratsherr Morisse zeigt sich verwundert darüber, dass keiner darauf eingegangen ist, dass in der Innenstadt ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, sondern lediglich eine formale Diskussion stattgefunden hat. Die Argumente für den Bau beziehen sich neben den besseren Verkaufsbedingungen für das Filetgrundstück hauptsächlich auf den Bereich Autoideologie, was er nicht akzeptieren kann.

Frau Ziemann äußert sich hinsichtlich der wechselseitigen Ideologiefragen dahingehend, dass es hier lediglich um die Schaffung von maximal 50 eigenen Stellplätzen geht. Werden die wegfallenden Postparkplätze berücksichtigt, minimiert sich diese Zahl erheblich. Die Bebauung des Filetgrundstücks wird

20 – 70 Stellplätze erfordern, deren Bau dem Investor nicht verwehrt werden kann.

Die vorgenommenen Kostenvergleiche hält sie für nicht realistisch, da keine vergleichbaren Kostengrundlagen gegeben sind. Bei der jetzigen Lösung bleiben der Stadt – abzüglich der Rücklagenmittel - unrentierliche Kosten von 25 – max. 30 %; berücksichtigt man abzüglich die Kosten für Dachbegrünung und Wegeführung, verringert sich der Prozentsatz noch erheblich. Auch Frau Ziemann würde es begrüßen, wenn man beim Kirchheim-Grundstück zu einer Lösung kommen könnte. Sie macht aber darauf aufmerksam, dass die dortigen Kosten je Stellplatz nicht geringer sein werden, als die jetzt im Rahmen der zu schaffenden Parkgarage.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dzewas erklärt Frau Ziemann, dass die Parkgarage bautechnisch auch später gebaut werden kann, dass aber Mehrkosten hierfür entstehen. Weiterhin sei es vom Bauablauf her nicht geschickt, da später neben dem gerade fertiggestellten Seitenflügel in einem nunmehr noch engeren Raum gebaut werden müsse.

Ratsherr Cordt bittet Ratsherrn Morisse, die Ideologiefrage außen vor zu lassen. Die CDU ist jederzeit bemüht, den ÖPNV zu stärken, erwartet aber im Gegenzug auch mal die Stärkung des Individualverkehrs statt einer ständigen Ablehnung. Ratsherr Morisse antwortet, dass es keinesfalls in seiner Absicht liegt, den notwendigen Individualverkehr zu verteufeln. Auf den Vortrag von Ratsherrn Dzewas bezogen, kann Ratsherr Cordt dessen Argumentation nicht nachvollziehen. Er betrachtet die Maßnahme als ausgewogene Planung. Sollte die Maßnahme so nicht durchgeführt werden, wäre eine Verlängerung der Glasfassade erforderlich, was ebenfalls erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen würde.

Ratsherr Schwarz nennt als ein wesentliches Argument für den Bau der Parkgarage den Service für die Bürger. Die Bürger, die wochentags ins Rathaus müssen, müssen Parkplätze finden und dies sinnvollerweise in der Nähe des Rathauses. Allein aus dem Grund empfindet Ratsherr Schwarz den Bau als eine vernünftige Angelegenheit. Er weist an dieser Stelle darauf hin, dass es sich hier um eine Option handelt, die somit möglicherweise auch zu kippen ist. Bei Eintritt einer neuen Sachlage besteht damit jederzeit die Möglichkeit, vom Bau der Parkgarage abzuweichen.

Bürgermeister Schmidt stellt anschließend getrennt zur Abstimmung.

Zusatzantrag der SPD zu C.1:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen über das sog. Kirchheim-Grundstück zu intensivieren, insbesondere auch mit dem Ziel, hier eine größere öffentliche Tiefgarage zu ermöglichen.

Falls diese Gespräche nicht innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr zu einem Abschluss geführt werden können, wird der Bau der Parkgarage im Rathausinnenhof im zeitlichen Zusammenhang mit Neubau Geschäftshaus Sternplatz durchgeführt. Voraussetzung dazu ist eine ausreichende finanzielle Beteiligung des privaten Investors an den Kosten der Parkgarage.

Abstimmungsergebnis zum Zusatzantrag der SPD zu C.1:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	10

Beschluss zu C.1:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Neugestaltung des Rathausinnenhofes (Parkgarage Phase 1) durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu C.1:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	5

Bürgermeister Schmidt gibt bekannt, dass die Verwaltung die Verhandlungen wegen des Kirchheim-Grundstücks noch einmal aufnehmen wird.

Zu C.2 Brücke

Ratsherr Metzger spricht sich – unter der Voraussetzung, dass die Kosten im Rahmen des Gesamtbudgets bleiben - für Variante c) aus. Sollte dem nicht so sein, wird die Variante a) gewählt, die immer noch eine optische Aufwertung darstellt.

Ratsherr Cordt schließt sich den Aussagen von Herrn Metzger an.

Ratsfrau Linnepe spricht sich für Variante a) aus, allerdings mit der Option dass geprüft wird, ob man nicht eine kostengünstige Möglichkeit für die Überdachung finden kann.

Ratsherr Schwarz gibt zu bedenken, dass die jetzige Brücke optisch nicht mehr in das Gesamtvorhaben passt und daher ein Neubau Sinn macht. Er stimmt daher Variante c) zu.

Ratsherr Morisse schließt sich, obwohl er Variante b) als städtebaulich reizvoll ansieht, ebenfalls der Variante c) an, da die alte Brücke so nicht bleiben kann. Man solle hier zu einer attraktiven Lösung kommen.

Frau Ziemann stellt in Bezug auf die Äußerungen von Ratsfrau Linnepe heraus, dass die Differenz zwischen Altbau und Überdachung und Abriss und Neubau lediglich 50.000 € beträgt. In diesem Fall sich für Altbau und Überdachung zu entscheiden, wäre für sie Geld an verkehrter Stelle investiert.

Beschluss zu C.2:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Planung und Realisierung der Variante c) „Abriss und Neubau der Brücke als Glas-, Stahlkonstruktion in geschwungener Form“ durchzuführen und die entsprechenden haushaltsmäßigen Vorbereitungen zu treffen. Dabei darf der Gesamtkostenrahmen nicht überschritten werden.

Abstimmungsergebnis zu C.2:

Ja-Stimmen:	13
Enthaltungen:	1

Zu D Gesamtkostenübersicht

Frau Ziemann führt aus, dass die Darstellung in der Vorlage offensichtlich missverständlich ist, da in den Fraktionsberatungen immer wieder die Forderung aufgebracht wurde, dass die Kostenrisiken von 15 oder tlw. 30 % das Budget der Gesamtmaßnahme Rathaus und Rathausumfeld nicht erhöhen dürfen. Genau dieses wird von der Verwaltung durch die Formulierung in der Vorlage zum Ausdruck gebracht. Sie führt weiter aus, dass die Kostenberechnungen oder die Ausschreibungen zu einem Ergebnis führen können, das nicht genau im Kostenrahmen liegt; an anderer Stelle können dafür evtl. Kosten eingespart werden. Da die Kostenrisiken das Budget insgesamt nicht erhöhen dürfen, sollte der Bauablauf daher so konzipiert werden, dass Baumaßnahmen, auf die man verzichten könnte, um den Gesamtdruck zu halten, zeitlich zurückgestellt werden. Aus Sicht von Frau Ziemann könnten das in der Reihenfolge die Brücke und der Ausbau der Altenaer Straße sein, in dem das Gewünschte zugunsten des Notwendigen gestrichen wird. Ein Problem wäre es, das Parkdeck zurückzustellen, da hier zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine Entscheidung erforderlich ist. Ziel sollte es sein, innerhalb der Maßnahmen zu versuchen, durch graduelle Änderungen den Kostenrahmen wieder einzuhalten.

Ratsherr Metzger lässt sich zur Klarstellung durch Bürgermeister Schmidt bestätigen, dass die Kosten im Gesamtbudget der Maßnahme Rathaus und Rathausumfeld und nicht im Gesamthaushaltsbudget gehalten werden müssen. Unter dieser Voraussetzung stimmt er der Deckelung so zu.

Ratsherr Morisse stimmt der Intention der Deckelung zu, wird sich aber enthalten, da seine Deckelung weit unterhalb dieses Betrages liegt. Er stimmt Frau Ziemann hinsichtlich der Bedenken, den Bau der Parkgarage zurückzustellen, inhaltlich zu.

Ratsherr Schwarz hält eine Kostenüberschreitung aufgrund der bestehenden Risiken für inakzeptabel. Daher beantragt Ratsherr Schwarz die Festschreibung der Deckelung als maximale Obergrenze. Evtl. Einsparungen bei den Positionen Plätze und Hochbauarbeiten sollen nicht als Ausgleichsmittel innerhalb der Gesamtmaßnahme zur Verfügung stehen, sondern sich als kassenmäßige Einsparungen bemerkbar machen und von den Gesamtkosten der Maßnahme in Abzug gebracht werden. Dasselbe soll für den Bereich der Fördermittel Anwendung finden. Zudem regt Ratsherr Schwarz analog zum Rosengarten an, eine Beteiligung der Anwohner an den Kosten zu erreichen. Diese Einnahmen wären dann ebenfalls von den Gesamtkosten in Abzug zu bringen.

Bürgermeister Schmidt stellt fest, dass der Betrag von 18.916.000 € die absolute Zahl darstellt. Es liegt allerdings ein Antrag der Lüdenscheider Liste vor, in dem von einer anderen Zahl ausgegangen wird. Er bittet daher Ratsfrau Linnepe um Klärung.

Ratsfrau Linnepe erklärt, dass ihre Fraktion von einer anderen Voraussetzung ausgegangen ist. Sie stimmt nunmehr der vom Bürgermeister genannten Zahl zu, allerdings mit der Einschränkung, dass die gebildeten Rücklagenmittel für den ruhenden Verkehr in Abzug gebracht werden.

Bürgermeister Schmidt bittet bei der Ausgabenseite die Deckelung so zu beschließen. Hinsichtlich der Einnahmeseite können derzeit noch keine Angaben gemacht werden, da ein Teil der Finanzierung heute insgesamt noch nicht dargestellt werden kann.

Ratsfrau Seuster stellt klar, dass die Ausgaben nunmehr feststehen und dass die Verwaltung jetzt beauftragt wird, die Finanzierung zu klären.

Beschluss zu D:

Für die gesamte Maßnahme wird ein Kostenrahmen von 18.916.000 € festgesetzt. Etwaige Kostenüberschreitungen müssen im Rahmen des Gesamtbudgets ausgeglichen werden.

Abstimmungsergebnis zu D:

Ja-Stimmen: 13
Enthaltungen: 1

Bürgermeister Schmidt bedankt sich für die faire und sachliche Diskussion.

Ratsherr Metzger stellt den Zusatzantrag, über das bestehende Konzept hinaus im Bereich Sauerfeld für den Haltestellenbereich und die Unterführung (einschl. neuer Rolltreppen) im September 2003 ein Konzept vorzulegen, damit die baulichen Maßnahmen im Haushaltsplan 2004 berücksichtigt werden können. Bürgermeister Schmidt erklärt, dass das Konzept bereits in Arbeit ist und im September vorgestellt wird.

Ratsfrau Gabler ist mit dem Zusatzantrag einverstanden und fragt nach, ob auch eine Kostenermittlung vorgelegt wird. Bürgermeister Schmidt bestätigt, dass die Verwaltung im September die nötige Vorlage im Fachausschuss vorlegen wird.

Bürgermeister Schmidt stellt den Zusatzantrag der SPD zur Abstimmung.

Beschluss zum Zusatzantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Haltestellenbereiche/ Unterführung am Sauerfeld (einschl. neuer Rolltreppen) bis September 2003 vorzulegen, damit die baulichen Maßnahmen im Haushaltsplan 2004 berücksichtigt werden können.

Abstimmungsergebnis zum Zusatzantrag:

Ja-Stimmen: 14

Ratsherr Oettinghaus bittet um Auskunft, wann die Bürgerinnen und Bürger über die heute beschlossenen Maßnahmen informiert werden und inwieweit sie auf diese noch Einfluss haben. Bürgermeister Schmidt antwortet, dass am 26.06.2003 im Kulturhaus eine Informationsveranstaltung stattfindet, bei der er auf rege Teilnahme der Ratsmitglieder hofft. Bei den heute beschlossenen Maßnahmen handelt es sich um Empfehlungen an den Rat, die den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden. Die Argumente der Bürgerinnen und Bürger werden gehört und auch noch einmal im Hauptausschuss vorgetragen. Ratsherr Oettinghaus fragt dezidiert nach, ob die Argumente der Bürgerschaft noch einfließen können oder nicht. Bürgermeister Schmidt entgegnet, dass dieses der Rat bestimmt.

4. Bekanntgaben

4.1. Baumpfleßmaßnahmen an der Baustelle Hohfuhstraße/Talstraße

Herr Badziura gibt bekannt, dass an der Kreuzung Tal-/Hohfuhstraße derzeit Baumpfleßgearbeiten stattfinden. Diese Arbeiten haben nicht das Ziel die Eiche zu fällen, sondern Kronenpfleßmaßnahmen sollen die Eiche dauerhaft vital zu halten. Bei der Gelegenheit muss eine schräg gegenüber stehende Kastanie gefällt werden, da im Rahmen von Tiefbauarbeiten ein Bagger das Kronendach so beschädigt hat, dass die Kastanie nicht mehr

zu retten ist. Im weiteren Verlauf der Baustelle werden zur Verhinderung weiterer Schäden Kronenformierungen vorgenommen.

Vorsitzender

Schriftführer